

DIE GRÜNE MAMBA

Zeitung von B90/DIE GRÜNEN in München • Nachrichten aus Fraktion und Partei

DER WINTER KOMMT – DIE S-BAHN NICHT

Wege aus der S-Bahnmisere

Wiesheu magnetschwebt dem Flughafen entgegen, während sich täglich tausende Pendler mit der störanfälligen S-Bahn herumärgern.

Für die radialen Beziehungen steht mit der S-Bahn zwar ein leistungsfähiges System zur Verfügung, es kommt aber langsam in die Jahre und ist der Nachfrage nicht mehr gewachsen. Tangentiale Schienenverbindungen fehlen im Münchner MVV-Netz völlig. Welche Perspektiven tun sich für den Schienenverkehr in der Region München derzeit auf?

Alle Jahre wieder - der Winter kommt, die S-Bahn nicht

Unter diesem Motto veranstaltete die Stadtratsfraktion zusammen mit der Landtagsfraktion am 4.12.2000 eine Presse-



*Beispiel Straßburg: Eine moderne Stadt-Umlandbahn benötigt nicht viel Platz.
Foto: Dieter Kubisch, Bund Naturschutz*

konferenz als Auftakt zu einer gemeinsamen Flugblattaktion der Grünen in Stadt und Umland. Seit Jahren wird die S-Bahn kaputtgespart, Schäden an Zügen und im Schienennetz sowie den veralteten Signalanlagen führen häufig zu Verspätungen. Hauptverantwortlicher für die Misere ist der Freistaat, der seiner Rolle als Aufgabenträger für die S-Bahn lange Zeit nicht gerecht wurde und gegenüber der Bahn nicht massiv genug auf die Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen gepocht hat. Die Achillesferse im S-Bahn-Netz ist die Stammstrecke zwischen Pasing und Ost-

bahnhof. Bleibt ein Zug liegen, ist oft das gesamte Netz für den ganzen Tag beeinträchtigt. Die Situation verschärft sich, wenn durch bessere Signaltechnik, die bis 2004 realisiert sein soll, noch mehr Züge durch den Tunnel fahren. Wirkliche Abhilfe in Bezug auf das Nadelöhr im S-Bahn-Netz bietet nur eine zweite Stammstrecke. Hierbei favorisieren die Grünen den S-Bahn-Südring von Laim über Friedenheimer Brücke, Heimeranplatz, Poccistraße und Kolumbusplatz zum Ostbahnhof gegenüber einem zweiten Tunnel, da so zusätzliches Fahrgastpotenzial aus dem süd-

Was drin ist:	
	Seite
Olympiastadion	2
BA-Wahlkampf	4
Mobilfunk	5
Wasserliberalisierung	9
Drogenpolitik	10
Bündnis für Ökologie	12

lichen Stadtgebiet erschlossen werden kann. Doch seit Jahrzehnten werden die Planungen zum Südring verschleppt - kürzlich sogar mit dem Argument, dass erst die Untersuchungen zum (längst totesagten) „München 21“ (Tieferlegung des Hauptbahnhofes und Fernbahntunnel zum Ostbahnhof) abgeschlossen sein müssten. Eine Entscheidung, ob ein zweiter Tunnel oder der S-Bahn-Südring weiterverfolgt werden soll, ist nicht vor dem Frühjahr 2001 zu erwarten. Mit nur einem Viertel der Baukosten des Transrapid könnte der Südring schon längst in Betrieb sein.

Nächster Halt Aschheim

„Wenn er in Aschheim hält“ - dann kann sich der Bürgermeister der Gemeinde im Münchner Osten mit dem Transrapid anfreunden. Ansonsten stößt die Magnetschwebbahn im regionalen Planungsverband und bei den Umlandgemeinden auf Skepsis. Umweltbeeinträchtigungen und hohe Kosten, die die Finanzierung anderer notwendiger ÖV-Projekte in der Region in Frage stellen, machen den Transrapid für das Münchner Umland zu einem wenig attraktiven Projekt.

Diese Skepsis teilen die Grünen vor allem aus wirtschaftlichen Gründen - im Gegensatz zu CSU und SPD.

2,7 Mrd DM (Westtrasse) bzw. 3,4 Mrd DM (Osttrasse) müssten nach der Vorstudie in Bau und Fahrzeuge investiert wer-

den. Diese Sümmchen aus Bundesmitteln wären in Ausbau und Sanierung des Bahnnetzes sinnvoller angelegt als für eine Doppellerschließung des Flughafens. Die Hälfte der ca. 7 Mio für das Jahr 2015 prognostizierten Fahrgäste würden den S-Bahn-Flughafenlinien entzogen. Somit entsteht dem MVV ein Verlust, der bisher nicht in den Bilanzen auftaucht. Die MVV-Fahrgäste werden die dann unrentablen S-Bahn-Verbindungen mit höheren Tarifen subventionieren müssen. Ob man da noch von einer Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs durch den Transrapid sprechen kann?

Die Grünen ziehen zur Verbesserung der Flughafenerschließung eine Express-S-Bahn auf den bestehenden Linien vor. Sie könnte in etwa zwei Jahren für rund 50-100 Mio DM Investitionskosten realisiert werden und würde um 12 bis 15 Minuten schneller am Flughafen sein als die jetzige S-Bahn.

Stadt-Umland-Bahn im Aufwind

Bereits vor zehn Jahren stießen Umwelt- und Verkehrsinitiativen (Bund Naturschutz, VCD und Pro Bahn) die Diskussion über eine Stadt-Umland-Bahn im Münchner Raum an. Dabei handelt es sich um leichte, schnelle Züge, die als sogenannte bimodale Systeme sowohl auf Tramschienen im Straßenraum als auch auf S-Bahn-Gleisen verkehren können.

Eine Studie im Rahmen des Forschungs-

projekts Mobinet kommt zu dem Ergebnis, dass die Stadt-Umland-Bahn (auch Stadtbahn) eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden U-Bahn- und S-Bahn-Netz darstellt und deshalb im Rahmen von Machbarkeitsstudien detaillierter untersucht werden sollte. Mit einem solchen Zusatznetz würden die in München fehlenden tangentialen Verbindungen geschaffen. Zudem könnten Außenbereiche effizienter als mit S- oder U-Bahnen erschlossen werden, da die Stadtbahn kostengünstiger ist, weniger Energie verbraucht und an die geringere Auslastung in den Außenbereichen angepasst ist. Ein konkreter Anwendungsfall im Münchner Stadtgebiet wäre z.B. das geplante Siedlungsgebiet in Freiham, das nur realisiert werden kann, wenn es eine attraktive ÖPNV-Verbindung zwischen den S-Bahn-Linien S 4 und S 5 gibt.

Aufwind für die Stadt-Umland-Bahn bringen neben den Untersuchungen im Rahmen von Mobinet die Umlandgemeinden, die langsam im Autoverkehr zu ersticken drohen. Allen voran der Bürgermeister der Gemeinde Neuried, der sich auf einer Pressekonferenz bei den Landtagsgrünen mit der Abgeordneten Susanna Tausendfreund und dem Bund Naturschutz-Verkehrsexperten Dieter Kubisch für eine Verbindung zwischen Fürstenried-West über das Würmtal bis nach Germering stark machte.

Alexandra Weiß

DAS OLYMPIASTADION BLEIBT ERHALTEN

KEIN STÄDTISCHES GELD FÜR EINEN NEUBAU

Selten war die Fremdheit zwischen drinnen und draußen in der Stadtpolitik so spürbar wie bei der Debatte ums Olympiastadion: Drinnen im Rathaus herrschte Bunkermentalität: „Wir wollen keine weiteren Argumente mehr hören,“ hieß es, „jetzt muß entschieden werden!“

CSU-Planungs-Chef Walter Zöllner brachte es auf den Punkt, als er meinte, dass „nur noch Masochisten das Thema Stadi-

on weiter diskutieren würden“. Wer immer sich öffentlich gegen die Zerstörung des Olympiastadions aussprach, wurde als „Denkmalschützer, Professor oder Feuilletonist“ den weltfremden Spinnern zugeordnet. Nur 15 von 80 Stadträtinnen und Stadträte wollten fraktionsübergreifend dem Druck zum „Konsens“ widerstehen und forderten einen angemessenen Umgang mit dem kostbaren Ensemble Olympiapark. Außerhalb des Stadtrats existierte der sogenannte „Stadiongipfel“, ein Gremium, das sich um die Herren Ude, Stoiber und Beckenbauer schart und in der

Öffentlichkeit den Anschein erweckte, Entscheidungen zum Olympiastadion vorwegnehmen zu können.

Radikaler Richtungswechsel

Das Stadtratshearing am 6. Dezember hat diese Situation ebenso radikal wie überraschend verändert: Angesichts der massiven Kritik von Architektenkollegen und Standesvertretern sahen sich selbst die Urheber der sogenannten Konsensvariante nicht mehr in der Lage, für ihre Pläne öffentlich einzustehen. Damit war die Kon-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

er zürnt mal wieder, der Kaiser, er runzelt die Brauen: Lumpige 140 Millionen wollen die Kleingeister im Stadtrat nur ausgeben für den neuen Palast - anstatt ihm den neuen zu bauen, den er doch so dringend braucht um standesgemäß zu residieren. Ach, was waren das für schöne Zeiten, als der Stadtrat auf Knien zur Audienz beim bayerischen Monarchen rutschte. Doch vorbei die glücklichen Tage, jeder Arsch darf heute mitreden, und das nennt sich dann Demokratie ...

Von den vielen Ärgernissen in der Endlosdebatte um das Olympiastadion gehört der Erpressungsversuch von Herrn Beckenbauer zu den schlimmsten. Die Schamlosigkeit, mit der er als Vizepräsident des DFB die Stadt München mit dem Ausschluß von der Weltmeisterschaft bedroht, um sich als Präsident des FC Bayern das Stadion zu verwirklichen, das er für standesgemäß hält, ist ein Lehrstück für den völlig überzogenen Stellenwert, den der Fußball sich in unserer Gesellschaft erobert hat.

Andererseits: Beckenbauer gilt in seiner Branche als Dampfplauderer. Er wechselt seine Meinungen schneller als seine Spieler die Trikots. Es empfiehlt sich also, nicht jedes seiner Worte auf die Goldwaage zu legen.

Monarchen hatten es da schwerer: Wenn sie sich zu oft und in zu schneller Abfolge selbst widersprachen, konnte das als Beweis der Regierungsunfähigkeit gewertet werden. Absetzung war dann die Folge, ab ins Kloster oder Ruhesitz in einem netten kleinen Schloßchen.

Das ist heutzutage leider nicht mehr möglich. Es war halt doch nicht alles schlecht früher, als die Könige noch regierten

Markus Viellvoye

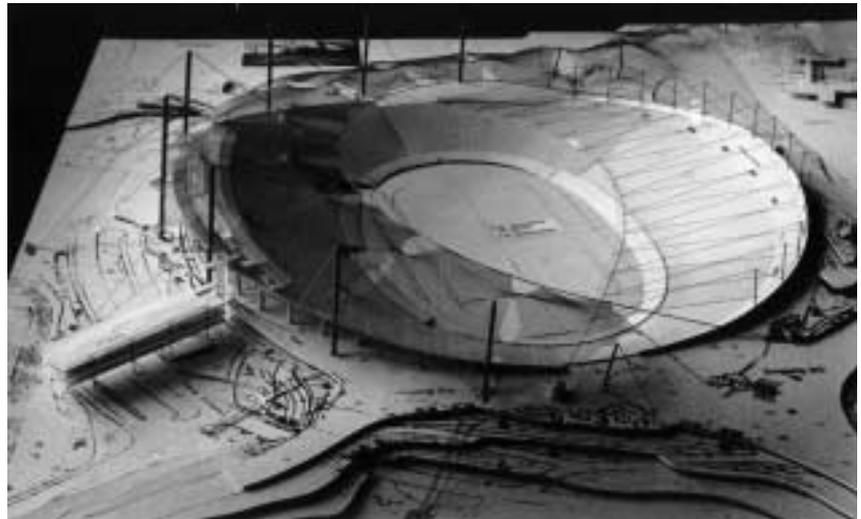
sensvariante vom Tisch - ebenso wie alle anderen radikalen Eingriffe in die Baubsubstanz des Olympiastadions.

Übrig blieb nun der Vorschlag der Initiatoren des Bürgerbegehrens, deren Kompetenz und Durchhaltevermögen die Stadtspitze lang Zeit weit unterschätzt hatte: Der Erhalt der typischen Architektur des Olympiastadions und die ernsthafte Suche nach einem Standort für einen Neubau - ganz im Sinne der Grünen Beschlusslage. Die Stadtratsmehrheit hat sich den Zielen des Bürgerbegehrens im letzten Plenum des alten Jahres in großen Schritten an-

belastung für Infrastrukturmaßnahmen im Vergleich zu den Kosten des WM-tauglichen Ausbaus wird dargestellt und dem Stadtrat berichtet.

Beim Fussball geht es um Geld ...

Mit diesem Beschluss hält die Stadt an ihrer Bewerbung um wichtige Spiele - möglichst auch das Eröffnungsspiel - der Fußball-WM 2006 fest. Ein derartiges Großereignis würde die Stadt und ihre fantastische Stadionarchitektur in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der



Der vorläufige Entwurf der sogenannten WM-Variante

Foto: SZ-Archiv

genähert, konnte sich aber nicht dazu durchringen, dessen Forderungen wörtlich zu übernehmen. Immerhin besteht über alle Lager hinweg Einigkeit in der Auffassung, dass ein Radikalumbau nicht mehr in Frage kommt. Statt dessen wird nun auf der Grundlage des „WM-tauglichen Ausbaus“ weitergeplant, wobei ein architektonisch überzeugende Entwurf bisher noch nicht vorliegt.

Keine Steuergelder für den Neubau

Das zweite Anliegen des Bürgerbegehrens, die Beteiligung an der Suche nach einem neuen Standort und das „Fördern“ der Errichtung eines Neubaus hat sich die Stadtratsmehrheit im planungsrechtlichen Sinne zu eigen gemacht. Neubaupläne der Vereine werden in fairer Zusammenarbeit bearbeitet - aber eine Beteiligung an den Planungs- oder Baukosten lehnt die Stadt ab. In einem parallelen Optimierungsverfahren wird aufgezeigt, welche Maßnahmen, welcher Aufwand und welcher Zeitbedarf zur Realisierung eines Neubaus erforderlich sind. Insbesondere die Gesamt-

Weltöffentlichkeit stellen, Zehntausende von kaufkräftigen Gästen anziehen und München als Wirtschaftsstandort aufwerten.

Gleichzeitig trägt die Stadt aber auch der enormen Kommerzialisierung des Fußballs Rechnung: Es ist schlichtweg nicht mehr vermittelbar, warum die öffentliche Hand einem florierenden Wirtschaftsunternehmen aus der Branche Fußball die Errichtung einer neuen Produktionsstätte finanzieren sollte, nur weil die alte nicht mehr gefällt. Dies hat nichts mit Fußballfeindlichkeit oder auch nur Desinteresse zu tun, sondern mit der Entwicklung des Fußballs von einem netten Freizeitvergnügen zu einem millionenschweren Unternehmen mit Spitzengehältern, Schwindel erregenden Erlösen für Fernsehrechte und Börsennotierungen. Fußballvereine sind Wirtschaftsunternehmen - und so sollten sie behandelt werden. Andernfalls müsste man sich fragen, warum z.B. Infineon seine Betriebsverlagerung aus eigener Tasche bezahlen muss.

Markus Viellvoye

DER WAHLKAMPF NAHT - AUCH FÜR DIE BAS

DIE MÜNCHNER GRÜNEN BRAUCHEN KANDIDATINNEN FÜR DIE BAS - EIN BRIEF VON JUTTA KOLLER

Liebe Grüne,
schon gemerkt?

Bald beginnt das Jahr 2001 und das heißt Wahlkampfjahr.

Schon jetzt dreht sich für den Stadtrat das KandidatenInnenkarussell - wir haben einen ziemlich sicheren OB-Kandidaten, Namen für die Stadtratsliste werden gehandelt, Aufstellungsverfahren diskutiert. Es gibt sogar schon Menschen, die sich Gedanken über mögliche Landtags- und BundestagskandidatInnen machen.

Nur an ein Thema traut sich niemand so recht hin - und das ist die Listenaufstellung für die Bezirksausschüsse. Schon 1996 war es schwer, die Grünen Listen zu bestücken und viele Menschen, die sich nur als Listenfüller ganz hinten haben aufstellen lassen, haben gemerkt, wie schnell sie dran und drin waren. Einige von ihnen haben sofort oder bald nach ihrem Amtsantritt einen Weg gefunden, zurückzutreten, aber viele sind noch immer BA-Mitglieder und die meisten von denen - glaube ich - haben festgestellt, dass BA-Arbeit gar nicht so dröge ist, wie sie anfangs dachten.

Grüne häufig Zünglein an der Waage

In den meisten Bezirksausschüssen gibt es eine Rot-Grüne Mehrheit, oder die Grünen sind das berühmte Zünglein an der Waage. Das heißt, wir sind in alle Entscheidungen eingebunden und unsere Ideen werden ernst genommen und oft umgesetzt.

Seit 1996 werden die BA's nun direkt gewählt und haben seitdem auch mehr Entscheidungskompetenzen erhalten. Noch lange nicht genug für unsere Vorstellungen, aber leider sind wir in dieser Beziehung vom Goodwill der Landesregierung abhängig und die will eigentlich nicht gut. Trotzdem haben wir erreicht, dass der Entscheidungskatalog immer weiter ausgebaut wurde. Ab 2001 ist es nun soweit, dass die Bezirksausschüsse auch über ein eigenes - wenn auch noch sehr kleines - Budget verfügen. Damit können sie soziale Einrichtungen oder Sportvereine, BürgerInnentreffs oder Kinderfeste unterstützen und vieles mehr.

Spaß nach Zwangsverpflichtung

Auch persönlich kann man durch die BA-Arbeit viel gewinnen:

Als ich 1989 als ziemlich neues Mitglied bei den Grünen fast zwangsverpflichtet wurde, in den BA zu gehen, war ich nicht so davon überzeugt, für diesen Job die richtige Einstellung zu haben. Doch daran, dass ich dann nach der Wahl 90 freiwillig wieder mitmachte, kann man nicht nur sehen, dass ich masochistische Grundzüge in mir habe (die braucht jeder, der in der Politik ist), sondern auch, dass BA-Arbeit auch Spaß macht.

Dass ich über mein BA-Mandat als AusländerInnenbeauftragte meinen Job als Betreuerin für AsylbewerberInnen bekommen habe, ist wohl eher die Ausnahme. Doch auch, dass ich 1996 - als neues Stadtratsmitglied - zumindest die Grundstrukturen von Kommunalpolitik kannte, verdanke ich der BA-Arbeit.

Durch die BA-Arbeit lernt man seinen Stadtteil besser kennen. Man stößt auf interessante Leute, entdeckt unbekannte Einrichtungen. Man lernt aber auch den einen oder die andere aus der Verwaltung kennen, erfährt, wie in der Verwaltung gearbeitet wird, sieht, wie Anträge und Anfragen aussehen sollen und was mit ihnen geschieht.

Bas auch finanziell interessanter

Für jede und jeden, die/der Lust hat, in die Politik zu gehen, aber noch nicht genügend Selbstvertrauen oder Zeit hat, ist die Mitgliedschaft in einem BA ein wunderbarer Einstieg.

Und für alle, die keine Lust oder Zeit auf die „große“ Politik haben, doch trotzdem daran interessiert sind, grüne Vorstellungen umzusetzen, ist er ein nicht sehr zeitintensives Gremium, um seine Ideen zu verwirklichen.

Aber auch in finanzieller Hinsicht wird die Bezirksausschussarbeit immer interessanter. Wenn das auch bei den wenigsten eine entscheidende Rolle spielte, so war es in den letzten Jahren doch oft ärgerlich, dass



Jutta Koller

die Aufwandsentschädigung von DM 25.- pro Sitzung manchmal nicht mal zur Bezahlung der Zeche an einem Sitzungsabend gereicht hat. Dies wird ab nächstem Jahr anders:

Die Entschädigung für BA-Vorsitzende (bisher haben wir leider nur einen Grünen - Hallo Helmut!) erhöht sich auf DM 860.- bzw. DM 990.-

Für die stellvertretenden Vorsitzenden, FraktionssprecherInnen und Unterausschussvorsitzende gibt es jetzt monatlich DM 150.-. Dies betrifft nun schon sehr viele mehr grüne BA-Mitglieder. Und für alle gilt: für jedes Plenum gibt es DM 100.- und für Fraktionssitzung und Unterausschussteilnahme DM 50.-

Nehmen wir also eine grüne Fraktionssprecherin: die geht im Monat bei nur drei Abendterminen mit DM 350.- nach Hause. Das ist zwar keine Summe, mit der man reich werden kann, aber als kleine Aufbesserung fürs Taschengeld (Grüne Jugend - aufgepaßt!) ist es ganz schön.

Bas ohne Grüne?

Doch ganz unabhängig von Geld und persönlichen Vorteilen:

Stellt euch mal vor, die Wahl 2002 ist vorbei und in den BA's gibt es keine Grünen

mehr: Das wäre doch fürchterlich. Für die, die jetzt schon in den BA's sitzen und sich überlegen, nicht mehr anzutreten: Malt euch mal aus, was geschehen wird, wenn eure KollegenInnen von SPD und CSU alleine am Ruder sind. Diese Horrorvision müßte doch reichen, um Euch zum Weitermachen zu bewegen.

Und für Euch, die ihr noch kein BA-Mandat habt: Denkt daran - es kann sogar geschehen, dass die Grünen 2002 zulegen und wir in allen Gremien mehr Menschen brauchen und denkt auch daran, dass der eine oder die andere der „Alten“ vielleicht wirklich nicht mehr kann.

Ihr könnt auch sicher sein, dass ihr mit Eurer Arbeit nicht allein gelassen werdet. Das KPF arbeitet kontinuierlich und konstruktiv und hält guten Kontakt zu allen BA's.

Macht Euch in allen Orts- und Kreisversammlungen bitte jetzt schon Gedanken, wie ihr auch Leute, die nicht Mitglied bei den Grünen sind, aber unsere Vorstellungen teilen, erreichen könnt, damit wir mit gut bestückten Listen voll von engagierten Menschen in den Wahlkampf gehen können.

Jutta Koller

DUNKELZIFFER BEI DEKUBITALGESCHWÜREN

Prof. Püschel, Leiter des Instituts für Rechtsmedizin an der Hamburger Universitätsklinik kommt in einer Untersuchung über die Häufigkeit von Dekubitus-Geschwüren bei Verstorbenen zu erschreckenden Ergebnissen: bei mehr als 11 Prozent der untersuchten Leichen wurden Dekubitalgeschwüre und Durchliegestellen festgestellt. Bei zwei Prozent der Leichen wurden schwere und schwerste Druckgeschwüre festgestellt.

Prof. Püschel hat die feste Überzeugung geäußert, daß die Situation in München nicht besser ist. Die Grüne Stadtratsfraktion hält es daher für sinnvoll, eine solche Studie auch hier durchzuführen und die Häufigkeit von Dekubitus-Geschwüren in Münchner Heimen, aber auch in der ambulanten und häuslichen Pflege darzustellen. Dazu müssen allerdings zuerst die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, denn in Bayern muss die dafür notwendige zweite Leichenschau vom Sozialministerium genehmigt werden. Ein entsprechender Antrag, der auch die Verbesserung der Prophylaxe-Maßnahmen enthält wurde von der Grünen Fraktion auf den Weg gebracht.

MOBILFUNK

Des einen Freud, des anderen Leid: Was Eichels Kasse klingeln läßt, wird in den nächsten Jahren auf die Münchner wie eine Lawine zurollen: Der massive Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur.



Die Anwohner sind meist „not amused“: Aufstellen eines Sendemastes in Waldtrudering

Prognosen für München erwarten alleine für das Jahr 2001 500 neue Mobilfunksendeanlagen - direkte Folge der äußerst ertragreichen Versteigerung der UMTS-Lizenzen. Klar, denn die Investitionen der Mobilfunkbetreiber sollen sich natürlich irgendwann amortisieren.

Unbefriedigende Rechtslage

Die Kommunen haben äußerst geringe Spielräume bei der Frage, ob und wo Mobilfunksendeanlagen aufgestellt werden. Sendeanlagen mit einer Höhe von weniger als 10 Metern werden von der Regulierungsbehörde für Telekommunikation genehmigt, hier hat die Kommune keinerlei Einwirkungsmöglichkeiten. Kein Wunder, dass von den 500 neuen Sendeanlagen, die im nächsten Jahr in München installiert

werden sollen, nur 33 diese Höhe überschreiten.

Kommunale Spielräume gibt es jedoch hinsichtlich der planungsrechtlichen Zulässigkeit von Mobilfunksendeanlagen. Einige aktuelle Gerichtsurteile werten Mobilfunksendeanlagen als gewerblich genutzte Hauptanlagen, die in reinen Wohngebieten nicht und in allgemeinen Wohngebieten nur bedingt zulässig sind. Installiert also ein Betreiber eine Sendeanlage in einem reinen Wohngebiet, dann ist das als gewerbliche Nutzung zu interpretieren, die genehmigungspflichtig wäre.

Unbehagen

Das eigentlich Skandalöse am fortschreitenden Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur liegt darin, daß es immer noch keine gesicherten medizinischen Erkenntnisse über die langfristigen Auswirkungen dieser Technologie gibt. Das betrifft vor allen Dingen die athermischen Wirkungen der elektromagnetischen Felder. Klare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge (ich habe Kopfschmerzen und daran ist die Mobilfunkanlage schuld) sind in der Wissenschaft immer noch heftig umstritten. Bei

den Grünen ist man jedoch der Meinung, daß man zunächst in gesicherten Untersuchungen die langfristigen Folgen der Technologie erforschen sollte, bevor man die ganze Bundesrepublik flächendeckend und engmaschig mit diesen Anlagen überzieht und damit eine Entwicklung in Gang setzt, die nicht mehr rückholbar ist.

Hoffnungsschimmer:

Die Österreicher gehen offensiver mit dem Thema Mobilfunk um. In Salzburg wurde vor kurzem auf einer internationalen Konferenz zur Situierung von Mobilfunksendeanlagen eine Resolution verabschiedet, die an die Installation der Sendeanlagen eine Reihe von Bedingungen knüpft: Das betrifft die Einbeziehung der Bevölkerung im Vorfeld, die Auswahl des Standortes,

die Ausnutzung technischer Möglichkeiten, um eine möglichst niedrige Exposition von Anrainern zu gewährleisten (ALATA-Prinzip) sowie die Einhaltung von Grenzwerten, die im übrigen um den Faktor 10.000 unter den deutschen Grenzwerten liegen. Trotzdem kann man in Österreich problemlos telefonieren.

Ein hochbrisantes Thema

Die Grüne Fraktion hat im Oktober gemeinsam mit Ex-Stadtrat Herbert Danner eine gut besuchte Podiumsdiskussion zum Thema Mobilfunk veranstaltet. Sechs Podiumsteilnehmer haben fast vier Stunden lang kontrovers diskutiert und den 150 Besuchern Rede und Antwort gestanden. Die

Diskussion an diesem Abend, aber auch die zahlreichen Anrufe, die zu diesem Thema ständig bei uns eingehen, zeigen, daß hier dringender Handlungsbedarf besteht. Die Bevölkerung ist in hohem Maße verunsichert, wird häufig nicht über das Aufstellen einer Sendeanlage in der Nachbarschaft informiert und steht dieser Anlage dann machtlos gegenüber.

Die grüne Rathausfraktion hat als Konsequenz aus der Veranstaltung einen umfangreichen Antrag zum Thema Mobilfunk gestellt. Kern ist es, eine freiwillige Vereinbarung der Stadt mit den Mobilfunkbetreibern herbeizuführen, die sich inhaltlich an die Salzburger Resolution anlehnt. Die grüne Landtagsfraktion hat einen Antrag auf Änderung der Landesbau-

ordnung gestellt, um den Kommunen mehr Mitspracherechte einzuräumen - allerdings ohne Erfolg.

Fazit:

Die rasante Entwicklung im Mobilfunkbereich ist natürlich insoweit ambivalent, als das Handy auch für viele Grüne nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken ist. Dennoch ist es wichtig, mit neuen Technologien verantwortungsbewußt umzugehen. Die typisch deutsche Mentalität der Überversorgung (damit in jedem Kellerloch problemlos telefoniert werden kann) führt zu einer Flut von Anlagen, die in diesem Ausmaß vielleicht gar nicht notwendig wäre.

Judith Schmalz!

WIE FINDEN WIR DIE FINDUNGSKOMMISSION?

In die Kreisverbände vertagt wurde auf der letzten Stadtversammlung die Diskussion über die Einrichtung einer Findungskommission, die einen Vorschlag zur Besetzung aussichtsreicher Plätze auf der KandidatInnenliste für die Stadtratswahl unterbreiten soll. Die Mamba präsentiert zwei Meinungen zum Thema:

PRO

In der Stadtratsfraktion hat die Idee einer Findungskommission viele Anhänger. Das bisherige Verfahren, bei dem in einem großen „Showdown“ die Kandidaten und Kandidatinnen gekürt werden, läßt vor allem hinsichtlich der Struktur einer künftigen Fraktion einige Wünsche offen.

Wahlentscheidungen werden von einer Aufstellungsversammlung mehr nach persönlichem Eindruck und Kreisverbandsgefolgschaft getroffen. Das ist nur allzu verständlich und legitim, schließlich sind die Ausstrahlung als Redner vor einem größeren Plenum und das durch längere Bekanntschaft gewachsene Vertrauensverhältnis gewichtige Entscheidungskriterien. Eine Findungskommission könnte in ihrem Vorschlag weitere Kriterien berücksichtigen.

Vor allem die fachliche Ausgewogenheit innerhalb der aussichtsreichen Listenplätze ist ein Qualitätsmerkmal, das von Aufstellungsversammlungen oft nur unzureichend berücksichtigt werden kann. Eine Fraktion mit zehn Umweltingenieuren ist

unter diesem Gesichtspunkt ebenso fehlbesetzt wie eine zu große Anhäufung von Multikulti-Experten - in beiden Fällen würden die gewählten Stadträte ihr Fachwissen nur sehr unvollkommen zur Geltung bringen können, da sie in ihrer Ausschussarbeit mit ganz anderen Problemen konfrontiert wären. Die Findungskommission hätte den Auftrag, in ihrem Vorschlag die Präsenz von Fachwissen aus möglichst vielen Bereichen zu verankern.

Auch eine angemessene Durchmischung von erfahrenen Parlamentariern und frischen Kräften wäre eine Aufgabe der Kommission. Die Rotation gehört zwar mittlerweile zur Vergangenheit der Grünen, doch eine Auffrischung mit neuen Kandidaten wäre gerade für eine Fraktion mit langer Amtsdauer wünschenswert. Bündnis 90/Die Grünen sind eine zahlenmäßig eher schwache Partei, andererseits darf man unter Mitgliedern und Sympathisanten etliche Talente vermuten, die bisher entweder unentdeckt oder in anderen Zusammenhängen aktiv sind. Eine Findungskommission könnte es sich deshalb zur Aufgabe machen, als Ansprechpartner für Quereinsteiger zur Verfügung zu stehen.

Entscheidend sind natürlich die Bedingungen, unter denen eine solche Kommission aktiv würde. Hier gilt es vor allem festzuhalten, dass die Kommission nach sachlicher Prüfung der BewerberInnen einen Vorschlag unterbreiten soll, um die Entscheidungsgrundlage der Aufstellungsversammlung zu verbreitern. Der Vorschlag hätte rein beratenden Charakter. Die Versammlung bleibt selbstverständlich frei in ihren Entscheidungen und das Recht jedes und jeder Einzelnen, sich um einen beliebigen Platz auf der Liste zu bewerben, bleibt unberührt.

Die Einberufung einer Findungskommission benötigt zudem ein eindeutiges Votum der Stadtversammlung. Mit knappen Mehrheiten würden sowohl das Gremium an sich als auch seine Mitglieder die notwendige Vertrauensbasis verfehlen - ein Quorum von zwei Dritteln erscheint daher angemessen.

Um dieses Vertrauen herzustellen, ist es sinnvoll, eine Reihe von Ausschlusskriterien für die Mitglieder der Kommission zu benennen. So sollten sie sich selbstverständlich nicht selbst um einen vorderen Platz der Liste bewerben wollen - was auch

dagegen spricht, den Stadtvorstand mit dieser Aufgabe zu betrauen. Auch sollten sie weder Angestellte der Fraktion noch des Stadtverbandes sein. Auch Verwandtschaftsverhältnisse mit Bewerbern müssten ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus blieben noch zwei praktische Fragen zu klären: Einmal der Umfang

des Gremiums, das aus Gründen der Effizienz und der Vertraulichkeit seiner Aufgabe eher kleiner gehalten werden sollte. Zum anderen muss eine Einigung über Art und Umfang des Vorschlags erzielt werden: Wieviele Plätze soll er umfassen? Soll er einen Pool aus einer bestimmten Anzahl von Bewerbern beinhalten oder für jeden

Platz einen Kandidaten benennen?

Eine Findungskommission soll nichts entscheiden, sie soll beraten. In Nürnberg und Stuttgart (dort schon seit längerem) hatten die Mitglieder der Grünen den Mut, sich beraten zu lassen.

Markus Viellvoye

CONTRA:

Die Debatte um die Errichtung einer Kommission zur Findung und Reihung von KandidatInnen für die Kommunalwahl 2002 resultiert aus einer offensichtlichen Unzufriedenheit im Vorfeld und bei der letzten Aufstellungsversammlung.

Klar ist, daß im Vorfeld der Wahlen potentielle KandidatInnen angesprochen werden und auch Überlegungen stattfinden sollten, für welche Plätze sich welche KandidatInnen bewerben wollen. Dabei wären gerade inhaltliche Qualifikation und auch Bekanntheitsgrad eine wichtige Komponente. Dies wäre die originäre Aufgabe des Stadtvorstandes. Die letzte Entscheidungsbeugnis muß aber die Mitgliederversammlung haben.

Was soll mit der Findungskommission erreicht werden:

- a) ein kleiner Kreis von 3-5 Personen soll potentielle KandidatInnen finden, diese nach ihren politischen Schwerpunkten und Interessen befragen und eine Bewertung und Beurteilung für die Platzierung auf der Liste vornehmen.
- b) Die Kommission soll dann eine Reihung der KandidatInnen vornehmen und dieser Listenvorschlag soll dann bei der entsprechenden Aufstellungsversammlung

von den Mitgliedern positiv beschieden werden.

Auf den ersten Blick scheint dieses Verfahren eine geordnete Aufstellung nach inhaltlichen Kriterien zu versprechen.

Allerdings gibt es bei einem solchen Verfahren - wenn es erfolgreich sein soll - einige Punkte, deren Realisierung ich bezweifle und auch nicht für sinnvoll erachte:

- a) die Kommission, die auf einer Stadtversammlung gewählt würde, müßte aus Personen bestehen, die trotz oder gerade wegen der Vielfalt der Münchner Grünen insgesamt von der Mehrheit als neutral, und für die Aufgabe als qualifiziert akzeptiert werden
- b) die Personaldecke bei den Münchner Grünen ist dünn. Durch eine Reihe von Ausschlußkriterien für die Kommissionsmitglieder (u.a. keine potentiellen KandidatInnen, keine ReferentInnen) wird der Kreis von möglichen Personen geringer.
- c) Die Mitglieder der Findungskommission müssen einen guten Überblick über die Münchner Stadtpolitik im allgemeinen und über Perspektiven grüner Politik in München haben. Darüber hinaus müssen sich aus der begrenzten Anzahl möglicher Kommissionsmitglieder Personen finden, die bereit, sind diese im-

mense Arbeit auf sich zu nehmen

d) die vorgenommene Platzierung auf der Liste müßte von den KandidatInnen akzeptiert werden.

e) der Listenvorschlag müßte von den Mitgliedern bei der entsprechenden Aufstellungsversammlung akzeptiert und so abgestimmt werden

(wenn Punkt d und e nicht gelingen würde, wäre das ganze Verfahren obsolet.)

Ich halte es weder für möglich, daß alle die genannten Kriterien erfüllt werden können, noch halte ich es für sinnvoll, ein Verfahren zu wählen, das massiv Kräfte verschleißt (die wir dringend im Wahlkampf brauchen) und voller Unwägbarkeiten ist, das den KandidatInnen kaum eine Flexibilität bei der Auswahl ihrer Platzierung ermöglicht und das den Mitgliedern die Auswahl ihrer BewerberInnen für die Stadtratswahl nimmt.

Eine Aktion, wie im Vorfeld der letzten Wahlen geschehen, dass vermehrt Menschen in die Partei eintreten, um eine Person auf die Liste zu hieven, kann dadurch auch nicht verhindert werden.

Ich plädiere daher für ein Verfahren, das sowohl für die potentiellen KandidatInnen als auch für alle Mitglieder eine gewisse Ordnung vorgibt, aber die notwendige Flexibilität und vor allem die Auswahl wahr.

Lydia Dietrich

DEN AUSLÄNDERBEIRAT AUFWERTEN

Wieso darf einE EU-BürgerIn nach einigen Monaten bereits den Stadtrat mitwählen, während einE Türkin oder einE BosnierIn dies auch nach zwanzig Jahren leben und arbeiten in München noch immer nicht darf?

Alle AusländerInnen, ob EU-BürgerIn oder nicht, die eine bestimmte Zeit in München mit regulärem Aufenthaltsstatus gelebt haben, sollten das kommunale Wahlrecht erhalten. Da aber die politische Gleichstellung aller MigrantInnen auf kommunaler Ebene bekanntlich nicht zu erreichen ist, hat sich die Grüne Stadtratsfraktion Gedanken dar-

über gemacht, wie die Einflußmöglichkeiten der direkt gewählten Ausländerbeiratsmitglieder erhöht werden könnten. Sicherlich wäre es wünschenswert, auch die wirklichen Beteiligungsrechte zu erhöhen - das aber können wir auf städtischer Ebene kaum weitergehender regeln als es bisher der Fall ist. Deshalb bezieht sich unser Vorschlag auf eine Ausweitung im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten.

Wir wünschen uns, daß der Ausländerbeirat und die Öffentlichkeit diesen Vorschlag eingehend diskutieren und auch Stellungnahmen von der Verwaltung und der Rechtsabteilung des Direktoriums eingeholt werden.

Daher haben wir unseren Vorschlag im Sommer in der Form eines Entwurfes zu einem Stadtratsantrag zur Diskussion gestellt.

1. Die anhaltenden Angriffe der CSU gegen den Ausländerbeirat, bis hin zur Forderung ihn aufzulösen, erfordern ein klares Bekenntnis zum direkt gewählten Ausländerbeirat. Dabei wollen wir über den Status Quo hinausgehen und das politische Gewicht des Ausländerbeirates erhöhen. Die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates bleibt erhalten. Wo die CSU von Auflösung spricht, sprechen wir von Aufwertung.

2. Derzeit gibt es zwei Ausschüsse, in denen auch Nichtstadträte mitwirken: der Kinder- und Jugendhilfeausschuß und der Sozialhilfeausschuß. Beide Ausschüsse sind gesetzlich geregelt und vorgeschrieben. Unsere Überlegung zielt dahin, einen eigenen Migrationsausschuß bzw. Ausschuß für interkulturelle Fragen ins Leben zu rufen, der zum einen Teil aus StadträtInnen und zum anderen Teil aus VertreterInnen des Ausländerbeirates besteht. Hierbei würde es sich um einen regulären Stadtratsausschuß handeln, der von einem/einer BürgermeisterIn geleitet werden würde. Die Zahl der Mitglieder des Ausländerbeirates und des Stadtrates müßte noch diskutiert werden, sie würde wohl jeweils zwischen 13 und 17 liegen.
3. Die Vorteile liegen unseres Erachtens auf der Hand: durch die gemeinsame Diskussion in einem regulären Stadtratsausschuß würden die migrationspolitischen Themen deutlich an Gewicht gewinnen. Die Verwaltung wäre an die Beschlüsse des Migrationsausschusses bzw. Ausschusses für interkulturelle Fragen gebunden. Ausländerbeiratsmitglieder würden grundsätzlich ihre Beiträge im Rahmen eines Stadtratsausschusses abgeben können.
4. Jedoch ist eines von vorneherein klar: Mitglieder des Ausländerbeirates können auch im Migrationsausschuß nicht den Status eines Stadtrates erhalten. Das heißt, daß sie nicht stimmberechtigt sind - wie z. B. auch die externen Mitglieder im Sozialhilfeausschuß. Dies läßt sich auf kommunaler Ebene nicht ändern. Allerdings: die langjährigen Erfahrungen beispielsweise im Sozialhilfeausschuß zeigten, daß in 95% der Fälle eine Konsenslösung der stimmberechtigten mit den nicht stimmberechtigten Mitgliedern gefunden wird.
5. Welchen Status und welche Rechte die Mitglieder des Ausländerbeirates in einem solchen Ausschuß haben könnten, müßte durch ein Rechtsgutachten des Direktoriums geprüft werden. Unser Ziel wäre, mindestens ein Antragsrecht zu erreichen. Geprüft werden müßte auch, in welcher Form die Beiratsmitglieder ihre Stimme abgeben können - evtl. als eigenes Votum oder Meinungsbild. Wichtig ist, daß eine Lösung gefunden wird, die auf kommunaler Ebene umsetzbar ist. Eine Lösung, die eine Änderung der Gemeindeordnung bedingen würde, würde bedeuten, sich vom guten Willen der Bayerischen Staatsregierung abhängig zu machen -
- und der wäre in dieser Frage wohl nicht vorhanden.
6. Wie werden die direkt gewählten Mitglieder des Ausländerbeirates in den Migrationsausschuß entsandt? Hierfür gibt es zwei Modelle, die beide Vor- und Nachteile haben:
- a. Modell I würde den jetzt direkt gewählten Ausländerbeirat mit vierzig Mitgliedern belassen und aus seiner Mitte - nach einem entsprechenden Proporzsystem mit starkem Minderheitenschutz - VertreterInnen für den Migrationsausschuß wählen. Wichtig ist hierbei, daß die VertreterInnen im Migrationsausschuß ein Spiegelbild der im Ausländerbeirat vertretenen Gruppierungen darstellen.
- b. Modell II würde vorsehen, den Ausländerbeirat zu verkleinern und die direkt gewählten Mitglieder in den Migrationsausschuß zu entsenden. Unberührt hiervon würde der Ausländerbeirat natürlich weiterhin eine Geschäftsstelle, Ausschüsse, eine Vollversammlung und Vorsitzende haben.

*Siegfried Benker
Tassia Fouki-Friedl*



No Patent for life! Italienische Grüne demonstrieren vor dem Europäischen Patentamt gegen die Patentierung des Erbguts von Organismen. In der Mitte die Vorsitzende Grazia Francescato.

SCHLUSS MIT DEN PLATTFÜSSEN...

„Draußen vor der großen Stadt steh'n die Nutten sich die Füße platt“ reimte vor Jahren die Spider Murphy Gang. Doch jetzt bröckelt die verkrustete Doppelmoral der Anstandshüter, die das älteste Gewerbe der Welt in die Außenbezirke verbannt haben.

Anfang Dezember hat erstmals ein deutsches Gericht Prostitution als nicht mehr grundsätzlich sittenwidrig eingestuft. Das Berliner Verwaltungsgericht kam zu der Auffassung, dass sich in der Gesellschaft ein Meinungswandel zur Prostitution vollzogen habe. Sie werde zumindest als Teil des Zusammenlebens akzeptiert. Die Achtung der Menschenwürde verbiete es auch, Prostituierte gegen ihren Willen zu bevormunden.

Entgegen der Forderung des Berliner Bezirksamtes muss die Prostituierte Felicitas Weigmann ihre Bar im bürgerlichen Bezirk Wilmersdorf nicht schließen. Hinter der Bar werden Zimmer an Prostituierte vermietet. Die Mitarbeiterinnen des Cafes reagierten begeistert auf den Richterspruch. Die Urteilsverkündung wurde von Klatschen und Bravo-Rufen unterbrochen.

Auch für München mit seinen weit ausgreifenden Sperrbezirken könnte dieses Urteil Veränderungen bringen. Selbst die ganz alltägliche Vermietung von Räumlichkeiten an Prostituierte steht - da sittenwidrig - als Förderung der Prostitution unter Strafe. Die grüne Stadträtin Sabine Csampai hat jetzt in einem Antrag das Kreisverwaltungsreferat aufgefordert darzulegen, wie sich der vom Berliner Verwaltungsgericht neu bewertete Sachver-

halt auf die Münchner Regelungen bzgl. der Ausübung der Prostitution, die Ausgestaltung einschlägiger Lokale und Etablissements und der Sperrbezirksverordnung auswirken kann.

Wenn die Prostitution nicht mehr sittenwidrig, sondern ein normaler Beruf ist, dürfte eine wichtige Rechtsgrundlage des Straftatbestandes der „Förderung der Prostitution“ neu bewertet werden. Die Enttabuisierung eines ganzen Berufsstandes würde seine Angehörigen auch in ein transparenteres, leichter zu kontrollierendes und damit sichereres Umfeld versetzen.

Auch die Grüne Bundestagsfraktion betreibt die soziale Besserstellung von Prostituierten. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll im Frühjahr im Parlament beraten werden.

DIE WASSERLIBERALISIERUNG

Der Wassermarkt ist ein Milliarden-geschäft: Allein auf dem deutschen Markt werden rund 40 Milliarden DM pro Jahr umgesetzt.

Der Wassermarkt ist gleichzeitig ein internationales Geschäft: Die beiden französischen Unternehmen Suez Lyonnaise des Eaux und die Vivendi-Gruppe versorgen längst auch außerhalb der Landesgrenzen riesige Ballungsräume wie Santiago de Chile, Buenos Aires oder Manila mit Wasser.

Im Gegensatz zur faktischen Monopolsituation in Frankreich ist der deutsche Markt sehr kleinteilig strukturiert: 6.700 Wasserversorger, die sich überwiegend in kommunaler Hand befinden bzw. unter dem beherrschenden Einfluß der öffentlichen Hand stehen, versorgen die Deutschen mit Trinkwasser.

Nicht überall ist das Trinkwasser jedoch von so hoher Qualität wie in München. Manche Kommunen zeigen durchaus Interesse, durch die Veräußerung ihrer Wasserversorgung den Haushalt aufzubessern. Große Versorger wie die beiden französischen Unternehmen, stehen bereits Gefahr bei Fuß, um in den deutschen Wassermarkt einzudringen.

Aufhebung des Gebietsschutzes

Zunächst hatte es so ausgesehen, als ob die EU kein großes Interesse daran habe, nach Telekommunikation, Post, Energie und Verkehr auch die Wasserversorgung dem Wettbewerb auszusetzen. Allerdings behält sich Brüssel auch bei Aufgaben der Daseinsvorsorge vor, im Einzelfall zu prüfen, ob unverhältnismäßig gegen Wettbe-

werbsrecht verstoßen wird. Es könnte also sein, daß auch das Wassermonopol der deutschen Kommunen in Brüssel auf den Prüfstand kommt.

Die Liberalisierungsbestrebungen in der Wasserversorgung gingen zunächst ohne Druck aus Brüssel vom Bundesministerium für Wirtschaft aus, das den sogenannten Gebietsschutz für den Wasserbereich aufheben will. Momentan schützt der



Schön anzuschauen und sehr rein, aber nicht liberalisiert: Münchner Wasser

§ 103 im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) die kommunale Wasserversorgung vor dem Wettbewerb. Im Frühjahr nächsten Jahres wird das Bundesministerium ein Fachgutachten vorlegen, das sich mit der Öffnung der Gebietsmonopole beschäftigt.

Momentan sind zwar verschiedene Rechtsformen zur Durchführung der Wasserversorgung zulässig (sog. Durchführungprivatisierung), die materielle Privatisierung der Aufgabe Wasserversorgung ist jedoch erst dann möglich, wenn die kommunale Pflichtaufgabe in eine freiwillige Aufgabe verwandelt wird.

Hervorragendes Wasser in München

Bayern hat in der Wasserversorgung eine extrem kleinteilige Struktur. 2700 Wasserversorger beliefern Bayern mit Trinkwasser, 1500 davon geben weniger als 100.000 m³ Wasser pro Jahr ab.

Die bayrischen Wasserversorger, unter anderem auch die Stadtwerke München, ha-

ben in der Vergangenheit in den Wassergewinnungsgebieten ganz vorbildlich mit den Landwirten kooperiert und die extensive Landwirtschaft und den ökologischen Landbau in diesen Gebieten vorangetrieben. Nicht zuletzt deshalb hat München so hervorragendes Trinkwasser.

Kommt der Wettbewerb, dann wird das Gut Trinkwasser der Profitmaximierung und damit ökonomischen Interessen unterworfen. Profitorientierte Unternehmen werden die Investitionen, die die Kommunen in den vorbeugenden Umweltschutz, die Minimierung der Leitungsverluste und in die Qualität des Trinkwassers gesteckt haben, vermutlich nicht mehr aufbringen. Die Folge wäre Qualitätsdumping und die Verschlechterung der Trinkwasserqualität.

Privates Wasser ist auch nicht billiger

Die Befürworter der Liberalisierung hingegen versprechen sich durch eine Öffnung des Marktes eine Senkung der Kosten und Preise und eine Steigerung der

Effizienz in diesem Bereich.

Erfahrungen in anderen europäischen Ländern entkräften diese Argumente und sprechen gegen eine Liberalisierung: In Großbritannien sind nach der Liberalisierung die Wasserpreise innerhalb von 10 Jahren um 40% gestiegen. Gleichzeitig wurde die Infrastruktur vernachlässigt: Die Rohre sind inzwischen so schadhaft, daß 27% des Trinkwassers ungenutzt im Erdreich versickern. Seit in Frankreich der Wassermarkt liberalisiert wurde und drei große Wasserversorger 80% des Marktes beherrschen, sind die Preise ebenfalls um 30% gestiegen.

Diese Beispiele zeigen, daß die Liberalisierung zu einer Verschlechterung der Wasserqualität bei gleichzeitiger Erhöhung der Wasserpreise führt. Die Profiteure einer Liberalisierung werden nicht die Verbraucher sein, sondern die großen Versorgungsunternehmen, die diesen Milliardenmarkt unter sich aufteilen wollen.

Christine Kugler

WARUM DIE ZAHL DER DROGENTOTEN STEIGT

VON DER MÜHSAL PRÄVENTIVER DROGENPOLITIK



Muss die Türen wahrscheinlich bald schließen. Kontaktladen Liimit

Bis Mitte des Jahres 2000 waren in München mehr als doppelt so viele Menschen an illegalem Drogengebrauch gestorben wie 1999.

Klar ist: Es gibt keine einzelne Ursache, die Gründe sind vielschichtig. Auch die

Fachleute haben Schwierigkeiten, die Ursachen klar zu benennen. Die Grüne Stadtratsfraktion hat daher beim Referat für Umwelt und Gesundheit einen Bericht darüber angefordert, wie es zu diesem dramatischem Anstieg kommen konnte.

Neben bekannten Problemen wie Schwan-

kungen im Reinheitsgrad illegaler Drogen oder Überdosierung bergen auch applikationsspezifische Probleme oft lebensgefährliche Risiken: hoher Beikonsum und unqualifizierte Substitution.

Möglicherweise spielt - mit einer gewissen Zeitverschiebung - auch eine Rolle, daß Codein seit 1997 durch eine neue Verordnung vom Betäubungsmittelgesetz erfasst wird und die Umstellung auf Methadon häufig mit Mischtoxikationen verbunden ist: Den Junkies fehlt der „kick“.

Risiko Verfolgungsdruck

Eine weitere Ursache liegt im Verfolgungsdruck, dem Drogenabhängige ausgesetzt sind. Dieser Stress treibt die Abhängigen zu hektischem Konsumverhalten (erhöhtes Risiko des Atemstillstandes durch Anflutung) unter unhygienischen Bedingungen (Infektionsgefahr, vor allem AIDS). Die permanente Repression führt außerdem dazu, dass Drogen häufig einsam konsumiert werden - im Notfall ist dann niemand da, der helfen könnte.

Die Grünen setzen sich von jeher für eine Ausweitung der niederschweligen Angebote und der akzeptierenden Drogenarbeit ein: Mehr Kontaktläden, Einrichtung von Rückzugsräumen, eine andere Form der Verschreibung von Methadon (Konsum zu Hause) und eine Beteiligung Münchens am Heroin-Versuchsprogramm.

Die SPD blockiert

Bedauerlicherweise ist es nun bei der dringend notwendigen Einrichtung eines weiteren Kontaktladens in Schwabing zu einem handfesten Konflikt mit der SPD gekommen. Obwohl Rot-grün sich grundsätzlich einig ist, in den Problemvierteln der Stadt Kontaktläden einzurichten, blockiert die SPD die Finanzierung des Kontaktladens „Limit“ in der Emmanuelstraße, dessen Weiterbetrieb nun auf äußerste gefährdet ist. Seit „Limit“ vor et-

wa einem Jahr seine Arbeit aufnahm, lässt der dortige BA-Vorsitzende Dr. Klein (SPD) keine Gelegenheit aus, den Anwohnern apokalyptische Verhältnisse in ihrem Viertel zu vorherzusagen.

Entgegen diesen düsteren Prohezeiungen arbeitete der Laden hervorragend. Das bestätigt auch die Polizei: keine Störungen in der näheren Umgebung, keine Ansammlungen von Drogenabhängigen in der engen Wohnstraße - kurz: keine Auffälligkeiten.

Ideologischer Blindflug

Obwohl auch der SPD-Stadtratsfraktion all diese Fakten bekannt waren, verweigerte sie dem Kontaktladen Mitte Dezember im Gesundheitsausschuss in einem ideologischen Blindflug den dringend benötigten Zuschuss von 150.000 DM. Die SPD fordert, dass ConDrops, der Träger des Kontaktladens, neue Räumlichkei-

ten sucht. Dies bedeutet faktisch das „aus“ für „Limit, denn neue Räume für eine Einrichtung der Drogenhilfe sind kurzfristig nicht zu bekommen. Auch der BA-Vorsitzende, der sich schon selbst auf die Suche nach Ersatzräumen gemacht hat, ist bisher nicht fündig geworden.

Fazit: Die SPD pflegt die Eitelkeit ihres BA-Vorsitzenden, der sich von ConDrops übergangen fühlt, auf Kosten der Drogenabhängigen, die sich nicht wehren können. Für Januar hat Bürgermeister Hep Monatzeder alle Beteiligten zu einem Runden Tisch eingeladen um „Limit“ doch noch irgendwie zu retten. Angesichts des bald einsetzenden Wahlkampfes, der erfahrungsgemäß eine sachorientierte Drogenpolitik noch mehr erschwert, kann man eigentlich nur auf ein Wunder hoffen.

Judith Schmalzl

„ EINE DEMONSTRATION STÄDTISCHEN SELBSTBEWUSSTSEINS“

Mit nur einer Stimme Mehrheit beschloss der Stadtrat, seinen Sitzungssaal wieder mit Karl von Pilotys „Monachia“ zu schmücken - auf Antrag der Grünen. Die Mamba fragte Fraktionschef Sigi Benker nach den Beweggründen.

Mamba: Sigi, es war Dein Antrag, der zu dem Stadtratsbeschluss geführt hat, das Monumentalgemälde „Monachia“ von Karl von Piloty wieder im Rathaussaal anzubringen. Wie bist Du auf diese Idee gekommen?

Sigi Benker: Das Gemälde heißt eigentlich „Die Geschichte Münchens.“ Es ist eine Personifizierung von 700 Jahren Stadtgeschichte mit 128 Persönlichkeiten aus der Geschichte Münchens. Das Interessante daran ist, dass hier zum erstenmal an exponierter Stelle das kommunale Selbstbewusstsein Münchens dargestellt worden ist. In anderen historischen Darstellungen stehen fast immer das Königshaus und seine Verdienste um München im Vordergrund. Pilotys Bild ist eine Demonstration städtisch-bürgerlichen Selbstbewusstseins - in bewußter Abgrenzung zur Verklärung der Monarchie.

Mamba: Nun sollen uns Traditionen ja

auch etwas über die Gegenwart sagen - aber die Gefahr einer monarchistischen Restauration besteht in Bayern schon seit längerem nicht mehr.

Sigi Benker: Traditionen sagen etwas über die Teile der Geschichte, in die wir uns stellen. Ende des letzten Jahrhunderts kam es in Bayern auf Grund verschiedener Kommunalverfassungen endlich zur Entstehung eines bürgerlichen kommunalen Selbstbewusstseins. Ein Monument dieses Selbstbewusstseins ist zum Beispiel auch das neue Rathaus hier am Marienplatz. Und ein Kernstück dieses neuen Rathauses war wiederum das Piloty-Gemälde, das der damalige Magistrat in Auftrag gegeben hat, um gegenüber der Monarchie seine Stärke zu demonstrieren. Diesen historischen Aspekt, und damit ein Kapitel der Stadtgeschichte, wieder sichtbar zu machen und gleichzeitig dem Rathaus ein Stück Authentizität zurückzugeben - das ist doch ein lohnenswertes Unternehmen.

Mamba: Die Kosten für dieses Projekt sind von anfänglich geschätzten 250.000 DM auf mittlerweile fast 900.000 DM gestiegen. Wird's dabei bleiben oder steigen die Kosten vielleicht noch weiter?

Sigi Benker: Die Kostenfrage ist nur ein Teilaspekt. Es handelt sich hier um ein sehr



Sigi Benker

großes Gemälde, immerhin 60 Quadratmeter, das eine entscheidende Position im Gefüge des neuen Rathauses hat. Ich gehe aber davon aus, dass die 880.000 DM jetzt das Ende der Fahnenstange sind.

Mamba: Hast Du für die nächste Zeit noch ähnliche Pläne?

Sigi Benker: Aus der Geschichte Münchens abgeleitete Pläne. Zum einen habe ich einen Antrag auf die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus gestellt, zum anderen will ich eine Erinnerung im öffentlichen Raum an das ehemalige Parteiviertel der NSDAP in der Maxvorstadt.

CHANCE FÜR MÜNCHEN:

EIN BÜNDNIS FÜR ÖKOLOGIE

Ein ungewohnt breites Spektrum von Teilnehmerinnen und Teilnehmern versammelte sich jüngst auf Einladung von Bürgermeister Hep Monatzeder im Deutschen Museum zur Taufe des Münchner „Bündnisses für Ökologie“ - sage und schreibe über 150 Gäste kamen.

Idee dieses Bündnisses geht auf einen Antrag des Grünen-Stadtrates Siegfried Benker zurück. Im Juli dieses Jahres beschloss daraufhin der Stadtrat, ein solches Bündnis ins Leben zu rufen und Bürgermeister Hep Monatzeder die Federführung zu übertragen.

Jahrzehnt halbiert, erneuerbare Energien gefördert, das Radwegenetz zügig ausgebaut. Nicht umsonst erhielt die Stadt für ihre umweltpolitischen Bemühungen im vergangenen Jahr den europaweit vergebenen 1. Preis „Zukunftsfähige Stadt 1999“.

Zurücklehnen ist nicht angesagt

Trotzdem ist unbestritten: die bisherigen Reformen reichen bei weitem nicht aus, eine dauerhaft nachhaltige Stadtentwicklungspolitik zu gewährleisten und die Vorgaben von Rio für die Landeshauptstadt München zu erfüllen. Nach wie vor stöhnen viele Münchnerinnen und Münchner über zu viel Verkehr und Lärmbelästigungen, nach wie vor fordern Bürgerinitiativen mehr „Platz zum Leben“, will die Bevölkerung größere Freiräume für Kinder, mehr Grünflächen und mehr Radwege. Auch im Bereich Energieversorgung ist sicherlich noch einiges zu tun.

Deshalb will das Münchner Bündnis für Ökologie mit breiter Beteiligung gesellschaftlicher Akteure im Bereich der nachhaltigen und ökologischen Stadtentwicklung einen Gang zulegen. Die Schwerpunkte des Bündnisses liegen in den drei Bereichen nachhaltige Mobilität, Klimaschutz, sowie „Natur in der Stadt“. Für diese drei Bereiche wurden bei der Auftaktveranstaltung im Deutschen Museum konkrete Ziele erarbeitet, die in den kommenden Jahren durch entsprechende Programme und Projekte erreicht werden sollen.

Radverkehr verdoppeln!

Im Bereich nachhaltige Mobilität will das Bündnis den Anteil umweltverträglicher Verkehrsmittel stärker ausbauen. Noch mehr Münchnerinnen und Münchner sollen zum Umsteigen motiviert werden. Ein Ziel ist z.B., den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen in München von derzeit 13% auf 25% zu erhöhen. Auch innovative Konzepte wie z.B. Mobilitätsberatung oder Marketing für umweltgerechte Verkehrsmittel will das Bündnis auf den Weg bringen.

Das Klima schützen will das Bündnis mit der Verdopplung des Anteils erneuerba-



Volles Haus: Gründungsversammlung des Bündnisses für Ökologie im Deutschen Museum

Von Umweltverbänden wie Green City, Allgemeiner Deutscher Fahrradclub, Bund Naturschutz, Act Energy, Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie, über gesellschaftlich relevante Gruppen wie Katholische und Evangelische Kirche München, von Forschungszentren und Universitätsinstituten bis zu Münchner Groß- und Kleinunternehmen - so z.B. Versicherungen, Finanzdienstleister, Deutsche Telekom, MAN und Spenglerinnung: sie alle fühlten sich angesprochen von dem erklärten Ziel dieses Bündnisses, „einer ökologischen Stadtentwicklung in München neuen Schub zu verleihen.“

Politische Bündnisse aller Art haben in den letzten Jahren landauf landab starke Konjunktur. Kaum ein gewichtiges Thema, zu dem nicht zumindest temporär ein „Bündnis“ gegründet wurde. Ein in einer Großstadt wie München initiiertes „Bündnis für Ökologie“ sucht jedoch wahrscheinlich bundesweit seinesgleichen. Die

Umwelt out?

Warum dieses Bündnis? Auf der Liste der drängendsten Probleme in Deutschland ist die Umweltproblematik stark nach hinten gerutscht. Es wird immer schwieriger, Menschen zu motivieren, sich für Umweltschutz einzusetzen.

Nichtsdestotrotz haben sich viele Umweltgruppen im Bereich der Agenda 21 engagiert, auch in München. Zuletzt forderten aber viele Beteiligte, im Agenda 21-Prozess zukünftig noch stärker als bisher auf befristetes und projektbezogenes Engagement mit klar definierten Zielen und sichtbaren Ergebnissen abzielen.

Dennoch: hat München ein neues Bündnis für Umweltbelange wirklich nötig? Denn obwohl Umweltpolitik offensichtlich nicht mehr „in“ ist, kann sich die „Ökobilanz“ der seit 10 Jahren rot-grün regierten Landeshauptstadt durchaus sehen lassen: so wurden die Müllmengen im vergangenen

renr Energien in München bis zum Jahr 2010. Entsprechende Anlagen zur Produktion von Strom aus Sonne, Biomasse und Wasserkraft will die Stadt München gemeinsam mit Bündnispartnern aus Wirtschaft, Haus- und Grundbesitzern, Versicherungen usw. massiv ausbauen. Mit neuen Technologien wie Wasserstoff sollen regenerative Energieträger nutzbar gemacht werden für den stationären und mobilen Einsatz.

Im Bereich Natur/Freiraumqualität will das Bündnis für Ökologie mehr Lebensqualität in den Stadtteilen durchsetzen: z.B. durch Begrünung und Revitalisierung von Plätzen und Straßen als Orte der Begegnung, durch einen Ausbau der Grünzüge und durch Maßnahmen zur Renaturierung von Fließgewässern.

Kein alter Wein in neuen Schläuchen

Schöne Ziele, aber wieso soll jetzt erreicht werden, was in den vergangenen Jahren auch nicht gelang, mögen viele einwenden. Eine „neue Qualität“ dieses Bündnisses besteht darin, daß erstmals mit dem klar definierten Ziel konkreter Projekte unterschiedlichste Gruppen an einem Strang ziehen und dabei auch eng mit den Umweltexpertinnen und -experten der Stadtverwaltung kooperieren. Und natürlich stehen für dieses Bündnis auch städtische Gelder zur Verfügung.

In den kommenden Monaten arbeiten professionell unterstützte Workshops an der Konkretisierung sog. „Leitprojekte“. Fol-

gende Leitprojekte hat sich das Bündnis in seiner ersten Zusammenkunft u.a. auf die Fahnen geschrieben:

Projekte konkret

- das Projekt „10.000 Solaranlagen für München“: in diesem Aktionsprogramm sind große Photovoltaikanlagen auf Münchens Dächern ebenso enthalten wie solartechnische Anlagen zur Erwärmung von Brauchwasser.
- „Mehr Wasserkraft für München“: Durch Installierung von neuen dezentralen Wasserkraftwerken sollen die Wasserkraftpotentiale Münchens ausgebaut werden. Ein Anfang soll gemacht werden mit dem Wasserkraftwerk Muffathalle.
- Eine Projektgruppe des Bündnisses will ein Marketingkonzept für „nachhaltige Mobilität und Umweltverbund“ erarbeiten. Es beinhaltet ein kundenorientiertes Informations- und Beratungsangebot für Unternehmen und private Haushalte. Bestandteil dieses Konzepts ist auch die Entwicklung eines sog. „Fahrgastleitsystems“.
- Unter dem Motto „Die intelligente Automobilität“ sollen die Car-Sharing-Plätze in München von bisher 3.000 auf 5.000 anwachsen und vor allem wohnortnäher angesiedelt werden.
- Unter dem Motto „Der Grünzug kommt in Fahrt“ ist der Ausbau und die Vernetzung der 14 Münchner Grünzüge geplant. Die Durchgängigkeit und Freiraumqualität der Grünzüge soll gesteigert werden.

- Die Renaturierung von Fließgewässern wie z.B. der Würm und von Stadtbächen wie dem Auermühlbach.
- Unter dem Motto „Lebensqualität im Stadtteil“ ist geplant, geeignete Plätze zu begrünen und als Begegnungsstätten für die Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen.

Ein Jahr Arbeit für die Umwelt

An allen Projekten arbeiten nun ergebnisorientiert Bündnispartner aus dem Stadtrat, der Stadtverwaltung, der Wirtschaft, den Umweltverbänden, Hochschulen und gesellschaftliche Gruppen. Das Bündnis ist auf die Dauer von einem Jahr angelegt. Bis spätestens Ende nächsten Jahres sollen alle Projekte entwickelt, in einem Plenum des Bündnisses abschließend beraten und schließlich dem Stadtrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Bürgermeister Monatzeder: „Nach dieser Auftaktveranstaltung bin ich zuversichtlich, daß die ersten Projekte schon bald konkretisiert sind und wir dann zügig an die Umsetzung gehen können. Dieses Bündnis hat eine neue Qualität. Erstmals ziehen in München alle relevanten Gruppen und Institutionen an einem Strang: mit dem klar definierten Ziel, neuen Schwung in die kommunale Umweltpolitik zu bringen und die Umweltsituation Münchens deutlich zu verbessern.“

Es kann los gehen!

Stefan Scholer / Dr. Sylvia Franzl

DAS ULTIMATIVE BECKENBAUER-INTERVIEW

(Achtung: Fälschung - dieses Interview hat nie stattgefunden, aber was nicht ist kann ja noch werden)

Mamba: Herr Beckenbauer, die Grünen werfen Ihnen vor, daß Sie nur deshalb so vehement für einen Stadionneubau eintreten, weil eine Interessenverflechtung vorliegt: Sie wollen einen Stadionneubau als FC-Bayern-Präsident hingestellt bekommen, aber Druck machen Sie mit der Fußball-WM. Gibt es bei Ihnen eine Interessenverflechtung?

Beckenbauer: Zur Interessenver-

flechtung gehören mindestens zwei. Ich bin aber alleine. Nächste Frage.

Mamba: Haben Sie Ihren Terroristen schon mitgeteilt, daß sie jetzt nicht mehr das Olympiastadion, sondern die ZHS-Bauten sprengen sollen. Nicht daß da noch was schiefeht?

Beckenbauer: Das schaffen wir selbst.

Mamba: Die Stadt hat ja beschlossen, einen Neubau planungstechnisch zu fördern, nur zahlen müssen die Vereine selbst. Wie sehen Sie das?

Beckenbauer: Eine Unverschämtheit. Wir spielen doch dann schon in dem neuen Stadion. Es ist doch immer so, die anderen zahlen dafür, daß sie uns spielen sehen. Rot-grün will hier die Zuständigkeiten ändern. Da mach ich nicht mit! Wir spielen und die anderen zahlen dafür! Dabei bleibt es. Basta.

Grüne: Die Vereine haben bisher nur 100 Millionen im Lauf von zwanzig Jahren zugesagt. Wie wollen Sie ein Stadion für ca. 400 Millionen finanzieren?

Beckenbauer: Ich dachte die Stadt und der Freistaat zahlen. Wenn nicht gehen wir an die Börse.

Grüne: Sind Sie wenigstens froh, daß das Weltkulturerbe Olympiastadion jetzt erhalten bleibt?

Beckenbauer: Was, Erbe? Ich laß mir nicht schon wieder was unterjubeln.

ACHTUNG: Dieses Interview ist natürlich niemals geführt worden!!!! Jede Ähnlichkeit mit getätigten oder noch nicht getätigten Äußerungen ist rein zufällig.

Sigi Benker

KEINE KOHLE FÜR CALL A BIKE VERRAT AN HAEDKE



Schaut leider nicht so gut aus: Call a bike

Das im letzten Frühjahr mit Furore gestartete Fahrradverleihunternehmen „Call a bike“ muss weiter auf eigenen Rädern stehen. Der städtische Finanzausschuss lehnte es

einstimmig ab, der in Schwierigkeiten geratenen Firma einen Überbrückungskredit in Höhe von 500.000 DM zu gewähren. Selbst die Fraktion der der CSU, deren

Landtagsabgeordneter Joachim Haedke lautstark eine städtische Subventionierung gefordert hatte, wandte sich gegen den von der ÖDP gestellten Antrag und entlarvte Herrn Haedke als hemmungslosen Populisten.

Auch in der Grünen Fraktion wurde über Hilfsmaßnahmen für „Call a bike“ diskutiert - immerhin wird das Unternehmen allgemein als Bereicherung des Angebotes an öffentlichen und Verkehrsmitteln bewertet. Ein finanzielles Engagement der Stadt wurde jedoch angesichts der europarechtlichen Bestimmungen über die Subventionierung privater Unternehmen als äußerst problematisch eingeschätzt. Jenseits rechtlicher Bedenken stellte sich auch die Frage, ob die Stadt sich mit der beantragten Geldspritze nicht einen dauerhaften Subventionskunden ans Bein binden würde - eine Befürchtung, die durch die Prüfungen des Stadtkämmerers nicht entkräftet wurde.

So bleibt im Moment leider nur die Einsicht, dass „Call a bike“ es aus eigener Kraft schaffen muss. Wir wünschen viel Glück!

MÜNCHEN HILFT PARTNERSTADT HARARE

KLEINER VEREIN BIETET STRASSENKINDERN EINE PERSPEKTIVE

Schon bei der ersten Delegationsreise in Münchens neue Partnerstadt Harare kristallisierte sich ein wichtiges Kooperationsfeld für die Städtepartnerschaft heraus. Denn an keinem der Teilnehmern waren die Begegnungen mit den Straßenkindern von Harare spurlos vorbeigegangen.

Ein Münchner Stadtratsmitglied berichtete später: „Ich bin ins nächtliche Harare hinaus, habe mich zu den in Deckenfetzen gehüllten Kindern dazugesetzt und versucht, über ihr Schicksal mit ihnen zu reden. Das war dumm von mir, denn diesen unschuldigen Opfern fehlen dazu die Worte. Sie klammern sich fest aneinander, nicht nur, um sich gegenseitig zu wärmen, sondern um aus einem anderen Körper Trost und menschliche Nähe heraus-

drücken zu können. Ich habe mich geschämt, als ich in mein ordentliches Hotel zurückging, ins warme Bett und hinter mir die Kinder auf der Straße lassen musste...“ Beraten durch das Bischöfliche Hilfswerk Misereor, das seit Jahren in Harare aktiv ist, beschloss der inzwischen gegründete Verein „München für Harare e.V.“, mit einem bereits bestehenden Projekt örtlicher Träger zusammenzuarbeiten. Misereor bestärkte uns darin, mit einer präventiven Maßnahme an der Ursache der Straßenkinderproblematik anzusetzen, und bot dem Verein eine Kooperation an: Misereor hilft mit bei der Projektauswahl und nimmt die Projektbetreuung vor Ort wahr, unser Münchner Verein sammelt Spenden für jährlich fest umrissene Vorhaben. Gemeinsam einigten wir uns darauf, als erstes Projekt das „Glen Forest Development Centre“ zu unterstützen.

Schulprojekt für 250 Jugendliche

Glen Forest liegt am Stadtrand von Harare. Im Einzugsbereich des Centres leben verstreut Farmerarbeiter mit ihren Familien. Meist sind die Männer nur saisonal beschäftigt, und nur 20% der Frauen finden überhaupt Arbeit. Rund 60% der Landarbeiterkinder leiden an Unterernährung. Vor allem die Frauen erhalten höchst selten eine ausreichende Schulbildung. Aus dieser Problemlage heraus hat Glen Forest sein Schulprojekt entwickelt. Die als Privatschule anerkannte Einrichtung wird von ca. 250 Jugendlichen besucht - für diese seit der Einführung von Schulgebühren an den staatlichen Schulen die einzige Möglichkeit, überhaupt einen Schulabschluss zu machen. Knapp ein Drittel dieser Kinder sind Aidswaisen.

85.000 DM aus München

Glen Forest finanziert sich fast ausschließlich über Spenden. Lediglich die Gehälter der Lehrer zur Schulausbildung zahlt - theoretisch - die Regierung. Wirtschaftskrise und massive Preissteigerungen belasten das Centre natürlich stark. Nur der äußerst findigen Leiterin Elisabeth Marowa und ihrem Team ist es zu verdanken, dass Glen Forest bisher seine Arbeit nicht einschränken musste. Mit Hilfe der Spenden der Münchner Bevölkerung - in den letzten zwei Jahren rund 85.000 DM - konnte der steigenden Nachfrage begegnet und das Centre sogar ausgebaut werden. Ein weiteres Klassengebäude wurde errichtet, zusätzliche Kurse werden angeboten, und wichtige Anschaffungen wie eine Schul-Bibliothek und ein Computer konnten geleistet werden.

Ausstellung im Gasteig

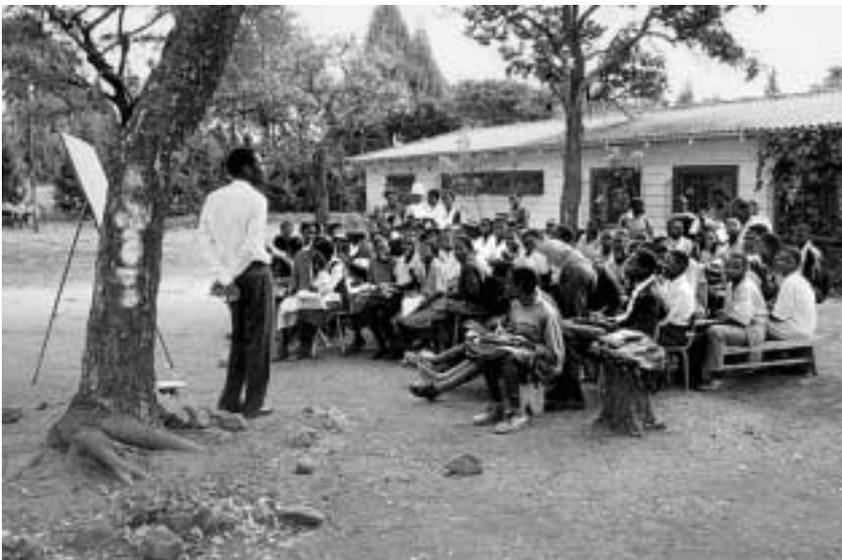
Doch die Verbindung Münchens mit Glen Forest beschränkt sich nicht auf die finanzielle Unterstützung. Wir nutzen Glen Forest, um die Münchner Bevölkerung auf die drängendsten Probleme in Zimbabwe aufmerksam zu machen und damit für entwicklungspolitische Fragestellungen zu sensibilisieren. Eine Wanderausstellung, die die Städtepartnerschaft, die Situation in Zimbabwe und die Arbeit von Glen Forest thematisiert, läuft zur Zeit (noch bis 7. Januar 2001) im Gasteig in der Glashalle. Und schließlich bringen auch Besucher/innen aus München, die in Glen Forest stets herzlich willkommen sind, bleibende Eindrücke mit von den Problemen im Land, aber auch von dem großen Engagement, mit dem die Menschen sich diesen Problemen stellen.

Örtliches Handwerk wird unterstützt

Im Sommer 2001 werden erstmals zwei Praktikantinnen im Rahmen eines Programms der Carl-Duisberg-Gesellschaft bei Glen Forest mitarbeiten. Mit diesem Praktikanteneinsatz, der später auch zweigleisig geplant ist, soll noch eine weitere Kooperation angestoßen werden: der Vertrieb der bei Glen Forest produzierten Textilien und des Kunsthandwerk in München. Bereits bisher verkauft das Centre vor Ort in kleinem Umfang Waren, die in den Handwerkskursen hergestellt worden sind.

Um finanziell unabhängiger zu werden, möchte Elisabeth Marowa diesen Verkauf ausbauen. Einer der Münchner Praktikanten, Student der Betriebswirtschaft, hat die Aufgabe, bei der Produktentwicklung und Marketingstrategie mitzuwirken und damit auch Verkaufsmöglichkeiten in München anzubahnen. Denn die Eine-Welt-Läden in München sind stark interessiert, und auch der Verein „München für Harare e.V.“ würde bei seinen Veranstaltungen gerne Waren aus Glen Forest anbieten.

Renate Hechenberger



Unterricht im Schulprojekt Glen Forest nahe Harare

TERMINE

Kreisverbände:

Di. 16.1., 19.30 Uhr:

KV München-Ost, Ort im Stadtbüro erfragen (201 44 88)

Mi. 17.1., 19.30 Uhr:

KV München-Süd, Gaststätte To Steki, Bürgerzentrum Fürstenried, (U-Bhf. Forstenrieder Allee)

Do. 18.1., 19.00 Uhr:

KV München-Nord, Mil's Sportgaststätte, Hans-Denzinger-Str. 2, (U-Bhf. Milbertshofen)

Di. 23.1., 19.30 Uhr:

KV München-Mitte, im Stadtbüro, Baumstr. 4 (U-Bhf, Frauenhoferstraße)

Do. 25.1., 20.00 Uhr:

KV München-im Werkhaus, Leonrodstr. 19

Arbeitskreise:

Alle Arbeitskreise finden, soweit nicht anders angegeben, in den Räumen der Stadtratsfraktion im Rathaus, Zi. 154 statt.

Mi. 24.1., 18.30 Uhr:

AK EinwanderInnen und Flüchtlinge, Rathaus, Zi. 154

Mi. 7.2., 18.30 Uhr:

AK Sozialpolitik, Rathaus, Zi. 154



Besuch von Kollegen und Kolleginnen aus Leipzig hatte die Grüne Stadtratsfraktion am letzten Plenartag am 13. Dezember. Angesichts der schier endlosen Debatten um das Olympiastadion wurde den Leipzigern erst richtig bewusst, wie vorteilhaft eine Geschäftsordnung ist, die die Redezeit im Normalfall auf fünf Minuten begrenzt. In München darf jeder sprechen, solange er will.

Grüne Anlaufstellen:

STADTRATSFRAKTION

Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste,
Tel: 233 92 620, Fax: 290 41 05
presse@gruene-muenchen-stadtrat.de
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Geschäftsstelle

Elke Büttner

Fraktionsvorsitzende

Siegfried Benker
Jutta Koller

Grünes Stadtbüro

(täglich von 15-18 Uhr),
Baumstr. 4, 80469 München
Tel.: 201 44 88, Fax: 202 18 14
e-mail: stadtbuero@
gruene.m.uunet.de
http://www.gruene.de/muenchen

MitarbeiterInnen

Annette Louis,
Liane Rohen,
Petra Tuttas

Stadtvorsitzende

Leo Klotz, Lydia Dietrich

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder,
Tel. 233 92 482

Büroleitung

Stefan Scholer

Kreisverband München-Nord

Anja Berger,
Tel.: 18 70 36 26

Kreisverband München-Ost

Erwin Saint Paul,
Tel.: 44 88 672

Kreisverband München-Mitte

Lourdes Ros-El Hosni,
Tel.: 333 822

Kreisverband München-Süd

Uwe Kramm, Tel. 74 14 15 37
e-mail: KVMuenchenSued@gmx.de

Kreisverband München-West

Hanna Strohmaier, Tel.: 14 96 96 10

Grüne Jugend München

Markus Sippl, Tel. 930 33 88
Markus@gjm.de

Sara Haußleiter, Tel. 901 39 671
sara@gjm.de

Internet: www.gjm.de

Impressum

Inhaber und Verleger:

Stadtratsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Marienplatz 8,
80331 München,

Redaktion MAMBA:
Markus Viellvoye (verantwortl.),

Christine Kugler, Alexandra Weiß,
Sedef Özakin, Stefan Scholer

Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner
Grünen kostenlos.

Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit DM 18,-/
Einzelpreis DM 3,-

Konzeption: Bernd Haak
Titellogo: Barbara Rueff
Druck: Ulenspiegel Druck und Verlag,
Besengassl 4, 82346 Andechs
Auflage: 2000